Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutschland / Russland: entscheidend für die Zukunft Europas!
2. Wichtiger Zeuge der US-Anklage gegen Assange gesteht Falschaussage
3. "Ich bin ein Workaholic und jetzt gehe ich auf Entzug"
4. Brauchen die Schulen jetzt einen Corona-Gipfel?
5. "Die Impfstoff-Apartheid der EU"
6. Kreditfinanzierte Investitionen ermöglichen: IMK rechnet Ideen von u.a. Helge Braun, Sachverständigenrat und eigenes Konzept durch
7. Autobahnverwaltung: Kostenexplosion bei Scheuers Reform lohnt sich vor allem für Berater
8. Grünes Licht für größten Wohnungskonzern Europas
9. Berufsunfähig in Rente: Zwei von fünf Anträgen abgelehnt
10. Eklat in Ljubljana
11. Pharmastudien: Ergebnisse Tausender Studien nicht veröffentlicht
12. Aus für Nürnberger Klassik Open Air
13. 80 Prozent der positiven Corona-Schnelltests falsch-positiv
14. Unbedenklich? – Krebsforscher hält EU-Einschätzung von Glyphosat für „Desaster"
15. Ein Symbol für rein gar nichts

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutschland / Russland: entscheidend für die Zukunft Europas!**
   Antje Vollmer, die mittlerweile 78jährige deutsche Politikerin und Publizistin, hat ein höchst hörenswertes Interview gegeben.
   Nur wenige Politiker und Politikerinnen in Deutschland kennen die Geschichte der

kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland so genau wie Antje Vollmer, die sich als junge Frau in der deutschen Friedensbewegung engagiert hatte, über viele Jahre hinweg zu den führenden Köpfen der Partei der Grünen gehört hatte und jetzt einen – vielleicht letzten – Anlauf nimmt, mit ihrem grossen Wissen und ihrem tiefgründigen Verständnis für internationale Beziehungen noch etwas zur Entspannung der inzwischen miserablen und hochgefährlichen gegenseitigen Beziehung zwischen Deutschland und Russland beizutragen.
Geschichtskundige und politikinteressierte Leute wissen, dass es die immer wieder aufflammenden Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich waren, die zu vielen Kriegen auf europäischem Boden geführt haben. Es war vor allem dieses konfliktreiche Spannungsfeld, das nach dem Zweiten Weltkrieg schliesslich zur Idee eines geeinten Europas geführt hat. Warum aber ist Entspannungspolitik zwischen Deutschland und Russland nicht auch möglich?
Quelle: Infosperber

2. **Wichtiger Zeuge der US-Anklage gegen Assange gesteht Falschaussage**
FBI soll ehemaligen WikiLeaks-Aktivisten angestiftet haben. Snowden sieht Fall Assange vor dem Aus
Ein Schlüsselzeuge gegen den in Großbritannien inhaftierten Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, hat seine Aussagen offenbar widerrufen. Der unter anderem wegen Fälschung, Betrugs und Unterschlagung verurteilte Isländer Sigurdur Ingi Thordarson (28) packte im Interview mit der isländischen Zeitung Stundin aus. Er habe sich 2010 und 2011 bei WikiLeaks eingeschlichen, um sich vorgeblich als Hacker zu betätigen.
WikiLeaks hatte sich damals durch Enthüllungen zu Bankenkorruption im skandinavischen Inselstaat einen Namen gemacht. Mit einheimischen Aktivisten bereitete Assange dort zudem die bahnbrechende Publikation von Collateral Murder vor, das WikiLeaks 2010 erstmals ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit bringen sollte. Das Video zeigt Angriffe von Kampfhubschraubern der US-Armee auf Zivilisten im Osten der irakischen Hauptstadt Bagdad.
Der damals 18-jährige Thordarson verwaltete zu dieser Zeit einen WikiLeaks-Chatroom und gab sich insgeheim gegenüber Dritten als Bevollmächtigter und sogar als Assange selbst aus. Am Ende soll er unter anderem 50.000 US-Dollar unterschlagen haben, indem er auf eigene Rechnung WikiLeaks-T-Shirts verkaufte. Thordarson wurde nach einem Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen und Finanzbetrugs von der isländischen Justiz wegen psychischer Probleme als vermindert schuldfähig befunden. Das FBI warb ihn gegen WikiLeaks an, versprach ihm Straffreiheit. Nun soll Thordarson gegenüber der isländischen Zeitung

Stundin zugegeben haben, dass er vom FBI zu Falschaussagen gegen Assange verleitet wurde.
Quelle: Telepolis

3. **"Ich bin ein Workaholic und jetzt gehe ich auf Entzug"**
Linkenpolitiker Fabio De Masi zieht sich aus der Politik zurück und verlässt den Bundestag. Ein Gespräch über Politik als Droge, Einsamkeit und die Fehler der Linken […]
ZEIT ONLINE: Wie kann die Linke aus ihrer Krise kommen?
De Masi: Es geht nicht nur um die Linke, auch die SPD. Wir müssen gemeinsam drei, vier politische Projekte finden, die Menschen Sicherheit und Aufstieg vermitteln. Wir reden immer über Rot-Rot-Grün und Regierungsbündnisse, aber das interessiert den Taxifahrer doch nicht. Der will wissen, ob er künftig noch seine Miete zahlen kann oder von Uber plattgemacht wird. Die Corona-Krise zeigt, dass wir einen Staat brauchen, der in einer Krise funktioniert und Masken oder Impfstoffe nicht allein dem Markt überlässt. Es ist doch verrückt, dass wir fast zwei Jahre nach der Pandemie im Fußballstadion saufen, aber unsere Kinder in den Schulen im Stich lassen.
ZEIT ONLINE: Kann es sein, dass die Linke einfach nur als unmodern und altbacken wahrgenommen wird?
De Masi: Natürlich kann man nicht immer dieselbe Schallplatte auflegen. Man muss sich auch neue Themen erschließen. Ich hab mich mit Finanzmärkten beschäftigt, aber eben nicht nur mit der Finanzkrise 2009, sondern auch mit der Frage: Was passiert, wenn Facebook in den Finanzmarkt einsteigt? Wenn die großen Techfirmen die Banken der Zukunft werden, hätten sie mehr Markt- und Datenmacht als die größten Konzerne der Industriegeschichte.
In vielen Unternehmen arbeiten Menschen in einer mittleren Position inzwischen so viel wie ein Topmanager. Der Kuchen wird immer größer, aber die Mittelschicht stagniert und ein Drittel der Bevölkerung wird abgehängt. Weil mächtige Finanzinvestoren und digitale Kapitalisten ein immer größeres Stück vom Kuchen wollen. Das könnte die Stunde der Linken sein.
ZEIT ONLINE: Sozialer Ausgleich ist den Grünen auch ein Herzensthema. Haben Sie jemals darüber nachgedacht, zu den Grünen zu wechseln?
De Masi: Nein, absolut nicht. Die Grünen sind mir zu elitär. Das ist eine Partei der Besserverdienenden, wenn auch sicher mit vielen Wählern, die sozialen Ausgleich befürworten. Wenn es zu Schwarz-Grün kommt, gibt es sicher keine Besteuerung von großen Vermögen und keine Milliardeninvestitionen in Busse und Bahnen, sondern ein paar Windräder und vielleicht auch Frauenquoten in Aufsichtsräten. Die Frauen in Niedriglohnjobs dürfen dann aber weiter zu miesen Löhnen schuften. Ich bin Linker aus tiefster Überzeugung.

Quelle: Zeit Online

4. **Brauchen die Schulen jetzt einen Corona-Gipfel?**
   In immer mehr Bundesländern starten die Ferien, doch die Debatte um den Corona-Schutz im Unterricht wird heftiger. Was ist dran an den Forderungen nach mehr Sicherheit? Ein Kommentar.
   Klare Kriterien benennen: Das unspezifische Geraune über anstehende Schulschließungen im Herbst, gestartet von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), muss endlich aufhören. Ja, keiner kann sagen, was der Herbst bringt. Ja, wahrscheinlich werden Kinder und Jugendliche, da größtenteils umgeimpft, die höchsten Inzidenzen haben. Aber was bedeutet das angesichts der vielen Schnelltests? Ist es überhaupt noch sinnvoll, eine Grenzinzidenz für Schulschließungen festzulegen? Oder kommt es eher auf eine bestimmte Zahl an Krankenhausanweisungen an? Kann man diese festlegen? Fragen, über die keiner gern reden will. Aber wir müssen sie jetzt klären. Sonst bekommen wir im Herbst erneut eine Kakophonie in die Debatte, die sachgerechte Entscheidungen schwer bis unmöglich macht. Sachgerecht wäre außerdem, dass dann die Kinder- und Jugendärzte und nicht mehr die Virologen entscheidenden Ratgeber der Politik sein sollten, denn wenn alle Erwachsenen ein Impfangebot hatten, geht es ausschließlich um die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Inklusive der Abwägung eingeschränkter Teilhabe- und Bildungsrechte versus der Gefährdung durch das Coronavirus.
   Ruhe bewahren: In der dritten Welle lagen die Inzidenzen der Kinder und Jugendlichen teilweise deutlich über denen der Erwachsenen, während sie in der zweiten Welle noch deutlich darunter lagen. Hat Alpha die Jüngsten also tatsächlich stärker getroffen? Nicht, wenn man sich die Krankenhauseinweisungen der Unter-15-Jährigen ansieht. Die haben in der dritten Welle nie die Zahlen der zweiten erreicht. Starke Hinweise dafür, dass die Inzidenzen bei den Kindern und Jugendlichen nur wegen der vermehrten Tests so überdurchschnittlich in die Höhe geschossen sind.
   Klar, das kann mit Delta anders sein (wobei das, siehe oben, auch bei Alpha befürchtet wurde). Derzeit gehen aber die Inzidenzen trotz Delta-Wachstum bei den Unter-15-Jährigen überdurchschnittlich zurück. Fairerweise muss man sagen: Auch das wird an den Pflichttests liegen, die jetzt in den Schulferien-Bundesländern nicht stattfinden, womit die Dunkelziffer bei den Schülern wieder auf das Niveau der Erwachsenen zurückfällt. Nur sollten wir uns dann auch daran erinnern, wenn die Inzidenzen der Jüngsten nach den Ferien wieder überdurchschnittlich steigen. Und nicht gleich in Katastrophenstimmung zu verfallen.
   Quelle: Jan-Martin Wiarda
5. **“Die Impfstoff-Apartheid der EU”**
   Die Weigerung der EU, Impfungen mit außerhalb der Union produzierten Vakzinen als

gültig für die Einreise anzuerkennen, führt zu wütenden Protesten auf dem afrikanischen Kontinent. Auslöser ist insbesondere, dass die EU und ihre zuständige Behörde EMA (European Medicines Agency) den AstraZeneca-Impfstoff bislang nur dann als wirksam gegen Covid-19 einstufen, wenn er in Fabriken auf dem europäischen Kontinent hergestellt wurde, nicht aber, wenn er aus der Produktion des Serum Institute of India (SII) stammt. Letzteres Vakzin ist, da der Ausstoß der europäischen Fabriken bisher ausschließlich in reichen Ländern verimpft wurde, von der internationalen Covax-Initiative verteilt worden – auch an Länder in Afrika. Nach empörten Reaktionen der Afrikanischen Union (AU) melden sich nun Politiker und Medien aus verschiedenen Staaten des Kontinents zu Wort. Madagaskars Gesundheitsminister erklärt, es stelle sich die Frage, ob es "einen Impfstoff für Afrikaner gibt und einen anderen für Europäer". Eine weithin rezipierte ostafrikanische Wochenzeitung wirft der EU "Impfstoff-Apartheid" vor.
Quelle: German Foreign Policy

6. **Kreditfinanzierte Investitionen ermöglichen: IMK rechnet Ideen von u.a. Helge Braun, Sachverständigenrat und eigenes Konzept durch**
Die Maßnahmen gegen die Coronakrise haben den Staat viel Geld gekostet. Es bleibt kaum Spielraum für notwendige Investitionen, wenn die Schuldenbremse im Grundgesetz wie bisher kreditfinanzierte Ausgaben einschränkt. Damit der Rückstand in Bereichen wie Digitalisierung, Schule, Gesundheit oder Infrastruktur nicht noch größer wird, müssen Wege gefunden werden, öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Entsprechende Konzepte kommen sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Politik. Welche finanziellen Freiräume welcher Vorschlag eröffnet, hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung in einer neuen Studie untersucht. Kernergebnisse: Kurzfristig würde es am meisten bringen, bis zum Wiedereinsetzen der Schuldenbremse – wie schon nach 2009 – erneut eine Übergangsfrist einzuführen, wie von Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun (CDU) vorgeschlagen. Längerfristig, bis Ende des Jahrzehnts, könnten Investitionsgesellschaften außerhalb des Bundeshaushalts den größten Spielraum bringen, sofern es gelingt, auch die Europäischen Schuldenregeln entsprechend zu reformieren.
Quelle: Hans Böckler Stiftung
7. **Autobahnverwaltung: Kostenexplosion bei Scheuers Reform lohnt sich vor allem für Berater**
Die Reform der Autobahnverwaltung wird rund achtmal so teuer wie geplant. Das Verkehrsministerium kalkuliert mit mindestens 325 Millionen Euro – mehr als zehn Prozent gingen nach SPIEGEL-Informationen an externe Berater.
Der Bundesverkehrsminister hatte große Pläne für die deutschen Autobahnen.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer wollte eine Schaltzentrale, die Bürokratie reduziert und das insgesamt rund 13.000 Kilometer lange Autobahnnetz verwaltet: die Bundesautobahngesellschaft, von Scheuer als »Großhirn« bezeichnet. Der CSU-Politiker schwärmte von der »größten Reform in der Geschichte der Autobahnen«. Anfang 2021 ging die Zuständigkeit für den Bau und Betrieb von Bundesautobahnen und Bundesstraßen von den Ländern auf den Bund über. Bereits zuvor hatte der dafür eigens die Autobahn GmbH gegründet. Doch bei Scheuers Autobahn-»Großhirn« sind bislang vor allem die Probleme groß:
Quelle: DER SPIEGEL

8. **Grünes Licht für größten Wohnungskonzern Europas**
Vonovia frisst Deutsche Wohnen: Warum die Genehmigung durch das Kartellamt wirklichkeitsfern ist und die Wohnungsnot weiter anheizen wird
Vor wenigen Tagen hat das Bundeskartellamt grünes Licht gegeben: Der größte Wohnungskonzern in Deutschland, Vonovia, darf den zweitgrößten Wohnungskonzern, Deutsche Wohnen, wie geplant übernehmen. Vonovia hat seit der Finanzkrise etwa 420.000 Wohnungen zusammengekauft, verwaltet dazu noch Wohnungen für andere Eigentümer. Deutsche Wohnen verfügte bisher über etwa 155.000 Wohnungen. Durch die Fusion würde mit knapp 600.000 Mietwohnungen nicht nur der größte Wohnungskonzern in Deutschland entstehen, sondern in Europa.
"Uns ist natürlich bewusst, wie angespannt die Wohnungssituation in Berlin und vielen anderen Großstädten ist. Wir haben die verschiedenen regionalen Wohnungsmärkte daher sorgfältig geprüft", so der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt. Und bei dieser angeblich sorgfältigen Prüfung kamen die Kartellwächter zu dem Ergebnis: "Die gemeinsamen Marktanteile der beiden Unternehmen rechtfertigen keine wettbewerbliche Untersagung."
Nur in Dresden, so die Prüfung, liege der Marktanteil beider Unternehmen bei 20 Prozent, und nur in wenigen Städten, nämlich Berlin, Mainz, Wiesbaden sowie den kleinen Orten Puchheim und Wustermark liege der gemeinsame Marktanteil über zehn Prozent, und in ganz Deutschland sowieso unter zwei Prozent.
Zudem seien "auf den relevanten Märkten neben zahlreichen Privatvermietern zumeist auch kommunale Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften sowie weitere gewerbliche Anbieter vertreten, die den Verhaltensspielraum von Vonovia weiterhin begrenzen", so heißt es im beschönigenden Sprech des Kartellamtsweiter.
Die Fusion wurde damit so genehmigt wie von Vonovia geplant. Das Kartellamt machte zudem keine einzige Auflage, die bei sonstigen Fusionen oft zur Genehmigung gehören, etwa dass Teile der bisherigen Konzerne an Konkurrenten verkauft werden müssen.
Quelle: Werner Rügemer auf Telepolis

9. **Berufsunfähig in Rente: Zwei von fünf Anträgen abgelehnt**
   Wer wegen körperlicher oder psychischer Probleme nicht mehr arbeiten kann, beantragt in der Regel eine Erwerbsminderungsrente. Die Rentenversicherung lehnte zuletzt 42 Prozent der Anträge ab.
   Die Rentenversicherung hat im vergangenen Jahr mehr als zwei von fünf Anträgen auf eine gesetzliche Erwerbsminderungsrente abgelehnt. Mehr als 42 Prozent der Menschen, die wegen Berufsunfähigkeit in Rente wollten, scheiterten mit ihrem Antrag. Die Zahl der abgelehnten Anträge stieg von rund 143.000 im Jahr 2019 auf 154.000 im vergangenen Jahr. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag, geht aber auch aus dem Statistikportal der Deutschen Rentenversicherung hervor.
   Eine Ablehnung kann mehrere Gründe haben. Eine sogenannte EM-Rente bekommt nur, wer mindestens fünf Jahre in der Rentenversicherung versichert ist, davon die letzten drei mit Pflichtbeiträgen. Zudem herrscht oft kein Einvernehmen zwischen Antragsteller und Rentenversicherung bei der Beurteilung der gesundheitlichen Verfassung. Am Ende zählt die Meinung eines Amtsarztes, in der Regel nach einem Besuch dort. Sorgt der Betroffene privat mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung vor, kommt es allerdings auch oft zu unterschiedlichen Auffassungen zwischen dem Versicherer und dem Antragsteller.
   Quelle: manager magazin

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die genannten EM-Renten – durchschnittlich deutlich unter 1.000 Euro im Monat – liegen im Armutsbereich, wo dann ein großer Teil der EM-Rentner landet. Erbärmlich für so ein reiches Land. Und ein private BU-Versicherung lohnt sich nur bei höheren Gehältern und ist gleichzeitig nur für Menschen in wenig risikoreichen Berufen bezahlbar, d. h. für diejenigen, die sie (relativ) am wenigsten brauchen und nicht für die, die am meisten gefährdet sind.*

10. **Eklat in Ljubljana**
    Mit einem Eklat hat die EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens, eines engen Kooperationspartners der Bundesrepublik, begonnen. Beim Besuch von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Start der slowenischen Ratspräsidentschaft am 1. Juli suchte Sloweniens Präsident Janez Janša sozialdemokratische Juristen und Politiker als angebliche Mitglieder vermeintlicher kommunistischer Seilschaften zu diffamieren; gegenseitige Attacken folgten. Janša und die SDS sind seit Jahren als sehr weit rechts stehend bekannt: Sie unterhalten nicht nur Beziehungen zu Organisationen der extremen Rechten in Slowenien, sondern kooperieren auch eng mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Ungarische

Geschäftsleute, die Orbán nahestehen, sind bemüht, ein für Janša günstiges Medienumfeld in Slowenien zu schaffen; dies geht mit Janšas eskalierenden Attacken auf die Pressefreiheit einher. Die Regierung in Ljubljana arbeitet politisch intensiv mit Berlin zusammen; slowenische Unternehmen orientieren sich in wachsendem Maß als Zulieferer in die Produktionsketten der deutschen Industrie ein.
Quelle: German Foreign Policy

11. **Pharmastudien: Ergebnisse Tausender Studien nicht veröffentlicht**
Pharmafirmen und Universitäten halten immer noch die Resultate von fast 6000 medizinischen Studien in der EU zurück, obwohl die Veröffentlichung ihre Pflicht wäre. Das schadet Patienten massiv, kritisieren Experten. […]
Die Autoren haben insgesamt 5976 Studien in 14 europäischen Ländern entdeckt, die im Jahr 2015 oder früher genehmigt wurden und deren Ergebnisse bis heute nicht veröffentlicht sind. Die größten Lücken finden sich demnach in Italien (1221 Studien ohne veröffentlichte Ergebnisse), Spanien (884), den Niederlanden (839) und Frankreich (698). Danach folgt bereits Deutschland mit 554 Studien. Das sind immerhin 56 Prozent aller Studien, für die man Ergebnisse erwarten kann. "Die nationalen Behörden haben es versäumt, die Veröffentlichung der Studienergebnisse einzufordern", sagt Transparimed-Gründer Till Bruckner, dessen Organisation sich seit Jahren für mehr Transparenz in der Medizin einsetzt und immer wieder auf das Problem unveröffentlichter Studien hinweist.
Nicht nur Pharmakonzerne, auch Universitäten veröffentlichen Ergebnisse demnach häufig nicht, obwohl deren Arbeit sogar mit öffentlichen Geldern finanziert wurde. Selbst der Ausgang von Studien mit Kindern, die ethisch besonders diffizil sind, bleibt der Öffentlichkeit oft verborgen.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Kein neues Thema, aber das Ausmaß nicht-veröffentlicher Studien überrascht immer wieder.*

12. **Aus für Nürnberger Klassik Open Air**
Schlechte Nachrichten für die Klassik-Fans aus der Region: Angesichts sinkender Inzidenzwerte bestand die Hoffnung, dass die beiden Klassik Open Airs im Nürnberger Luitpoldhain im Juli und August unter Corona-Bedingungen stattfinden können. Doch nun müssen die beliebten Events laut Informationen aus der Stadtverwaltung auch für diesen Sommer komplett abgesagt werden.
Quelle: Nordbayern

Anmerkung JK: *Das Klassik Open Air ist das Sommerereignis in Nürnberg. Es dürfte*

auch bundesweit als eines der größten Freiluftkonzerte bekannt sein. Hier treffen sich jung und alt, arm und reich. Damit ist die Veranstaltung eine grundsätzlich demokratische Veranstaltung, auf der sich die Bürger der ganzen Stadt friedlich begegnen. Man muss das wirklich einmal live erlebt haben.

Wie der Name sagt, findet die Veranstaltung open air statt, die Besucher sind dabei weitläufiger verteilt als etwa in einem Fußballstadion oder auf einem Rockkonzert. Es scheint dabei müßig zum ungezählten Male darauf hinzuweisen, dass die Wahrscheinlichkeit einer Infektion unter freiem Himmel gegen Null geht.

Und hier fragt man sich auf was will man eigentlich warten? Bessere Inzidenzzahlen als jetzt wird es nicht geben, auch nicht im nächsten Jahr, denn das Corona-Virus wird nicht verschwinden. NoCovid ist genauso illusorisch, wie die Hoffnung auf Herdenimmunität bzw. eine Impfquote von über 80 Prozent in der erwachsenen Bevölkerung ohne Zwangsmaßnahmen. Wobei sich die Frage stellt, wie sinnvoll die propagierte komplette Durchimpfung der Bevölkerung jenseits der Risikogruppen überhaupt ist. Inklusive der Frage, welche Langzeitwirkungen bei den neuartigen, experimentellen Impfstoffen überhaupt zu erwarten sind.

Wie lange will die politische Elite, die aus ihren selbstinszenierten Panikmodus offenbar nicht mehr herauskommt, das Leben der Bürger noch reglementieren und einschränken? Hier drängt sich dann leider der Eindruck auf, dass es schon lange nicht mehr um das Corona-Virus geht. Denn die politische Elite zeigt, wie die aktuelle Panikkampagne zur Delta-Variante verdeutlicht, weiter keinerlei Interesse an einer Versachlichung der öffentlichen Debatte. Die Bürger sollen stattdessen in einem permanenten Angstzustand gehalten werden, unter dem sich widerspruchslos jeder Art von Verbot und Kontrolle durchgesetzten lässt.

dazu auch: Angstzustände beim Konzert: Können wir noch zusammen feiern?
Kultur und Sport sind wieder da, doch es ist nicht mehr so wie früher. Viele können die Nähe im Publikum kaum aushalten. Erste Erfahrungen nach dem Lockdown.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung JK: *Ist doch schön, der politisch-mediale Komplex hat es geschafft mit Dauerpanikpropaganda, gerade der Tagesspiegel war und ist immer an vorderster Front mit dabei, die Gesellschaft vermutlich über Jahre massiv zu traumatisieren.*

13. **80 Prozent der positiven Corona-Schnelltests falsch-positiv**

Mit sinkender COVID-19-Inzidenz ist die Rate falsch positiver Ergebnisse bei Antigen-Schnelltests gestiegen. Aktuelle Zahlen aus Hamburg bestätigen diese nicht überraschende Erkenntnis.
Der Anteil falsch-positiver Ergebnisse bei Corona-Schnelltests in Hamburg hat sich in den vergangenen Wochen deutlich erhöht. Lag er in der ersten Mai-Woche bereits bei etwas über der Hälfte, waren in der zweiten Juniwoche schon 80 Prozent der Menschen mit positivem Corona-Schnelltestergebnis nicht infiziert. Das geht aus der Antwort des Hamburger Senats auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion hervor. In den Wochen dazwischen kletterte der Anteil der per PCR-Test festgestellten falsch-positiven Ergebnisse von 52 über 69 und 71 auf 75 Prozent.
Quelle: Ärztezeitung

14. **Unbedenklich? – Krebsforscher hält EU-Einschätzung von Glyphosat für „Desaster“**
Die EU hält das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat für unbedenklich. Diese Einschätzung zweifelt der Krebsforscher Siegfried Knasmüller entschieden an – sie basiere auf fragwürdigen und veralteten Untersuchungen. Statt 85 seien nur vier Prozent der Studien akzeptabel.
Der Wiener Krebsforscher Siegfried Knasmüller zweifelt einem „Spiegel“-Bericht zufolge die Unbedenklichkeitseinschätzung von Glyphosat durch EU-Behörden an. Eine Studie des Toxikologen lege nahe, dass diese Einschätzung auf fragwürdigen und veralteten Untersuchungen beruhe, berichtete das Magazin am Freitag vorab. Der Krebsforscher untersuchte demnach 53 Studien zu möglichen Erbgutschäden, die die Industrie bei den EU-Zulassungsbehörden eingereicht hatte.
Diese Studien wurden laut „Spiegel“ wegen vermeintlicher Geschäftsgeheimnisse der Industrie lange unter Verschluss gehalten, 2019 beendete das Gericht der Europäischen Union (EU) in Luxemburg auf Veranlassung einer Nichtregierungsorganisation diese Blockade jedoch.
Quelle: Welt Online

15. **Ein Symbol für rein gar nichts**
Das wäre so ein tolles Zeichen gewesen, wenn man die Münchner Versicherungsarena in Regenbogenfarben ausgeleuchtet hätte. Nachdem die UEFA das verboten hatte, las man das allerorten. Zeichen: Nur darum geht es der Identitätspolitik.
Nachdem der europäische Fußballverband politische Statements beim Vorrundenspiel zwischen Ungarn und Deutschland verboten hat, die Regenbogen-Ausleuchtung des Stadions abgelehnt wurde, formierte sich bei vielen Zeitgenossen der Trotz. Sie ließen wissen: Das Spiel gegen Ungarn werde dennoch ein Schaulaufen der Toleranz. Die Münchner Grünen schwenkten bei Twitter Regenbogenfahnen, der Stern färbte seine Website bunt und Markus Söder gab sich enttäuscht. Er erschien dann zum Spiel mit

einer FFP2-Maske in Regenbogenoptik. Sein Generalsekretär Blume tat es ihm nach – letzterer sprach sich noch vor vier Jahren gegen die Ehe für alle aus, weil sie christliche Werte angreife.
Selten zuvor wurde das Spiel einer Nationalmannschaft so weltanschaulich aufgeladen, wie in jenem Spiel. Mit einiger Berechtigung könnte man behaupten, dass das zuletzt 1942 geschah – beim letzten Länderspiel des DFB in jenen dunklen Jahren. Es gab immer streitbare Spieler, aber dass man ein ganzes Team als Repräsentant einer Weltanschauung deklarierte: Das hat bei dieser Europameisterschaft eine ganz neue Dimension angenommen. Sie ist bei allen spielerischen Defiziten, trotz phantasielosen Kicks von der Stange, zu dem mutiert, was in Zeiten von Identitätspolitik zur Normalität wurde: Zu einem Symbol.
Quelle: neulandrebellen